

## **Vorblatt**

### **Ziele**

Ziel 1: Wehrrechtliche Regelungen in Übereinstimmung mit der ab 1. September 2025 geltenden Informationsfreiheit

### **Inhalt**

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahme:

Maßnahme 1: Anpassung der wehrrechtlichen Regelungen

### **Wesentliche Auswirkungen**

Das Vorhaben hat wesentliche Auswirkungen auf folgende Wirkungsdimension(en):

Finanzielle Auswirkungen

### **Finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und andere öffentliche Haushalte**

#### **Vereinfachte Darstellung der finanziellen Auswirkungen**

Eine seriöse Bezifferung der finanziellen Auswirkungen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Grundsätzlich ist die in Rede stehende Verpflichtung zur Geheimhaltung in den taxativ angeführten Fällen als aufwandsneutral anzusehen. Was hingegen durchaus zu erwarten, vorab aber nicht quantifizierbar ist, ist, wie viele Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (welches ab 1. September 2025 das aktuell gültige Auskunftspflichtgesetz ablöst) im BMLV künftig einlangen und folglich zu bearbeiten sein werden. Sollten sich dessen ungeachtet nennenswerte Aufwendungen aus der gegenständlichen Norm ergeben, so sind diese aus Budgetmitteln der Untergliederung 14 Militärische Angelegenheiten im Rahmen der dortigen jährlichen Zuweisungen zu bedecken.

### **Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union**

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union

### **Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens**

Keine

### **Vereinfachte wirkungsorientierte Folgenabschätzung**

#### **Wehrrechtsänderungsgesetz (Informationsfreiheit)**

Einbringende Stelle: BMLV

Titel des Vorhabens: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Wehrgesetz 2001, das Heeresdisziplinargesetz 2014 und das Militärbefugnisgesetz geändert werden

|                  |        |                                  |                      |
|------------------|--------|----------------------------------|----------------------|
| Vorhabensart:    | Gesetz | Inkrafttreten/<br>Wirksamwerden: | 2024                 |
| Erstellungsjahr: | 2024   | Letzte<br>Aktualisierung:        | 29. November<br>2024 |

Das Vorhaben hat keinen direkten Beitrag zu einem Wirkungsziel.

## Problemanalyse

### Problemdefinition

Auf Grund der mit BGBl. I Nr. 5/2024 umgesetzten Abschaffung der Amtsverschwiegenheit und Einführung eines verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechts (Grundrechts) auf Zugang zu Informationen wurde ein Paradigmenwechsel eingeleitet, indem staatliche Transparenz zur Regel und Geheimhaltung zur Ausnahme gemacht wurde. Für den umfassenden Bereich der Landesverteidigung ist eine solche Ausnahme vom Grundrecht auf Informationszugang vorgesehen (Art. 22a Abs. 2 B-VG). Der vorliegende Entwurf dient der Anpassung der bisherigen wehrrechtlichen Regelungen an den neuen verfassungsrechtlichen Rahmen.

## Ziele

### **Ziel 1: Wehrrechtliche Regelungen in Übereinstimmung mit der ab 1. September 2025 geltenden Informationsfreiheit**

Beschreibung des Ziels:

Die wehrrechtlichen Regelungen entsprechen der ab 1. September 2025 geltenden Rechtslage zur Informationsfreiheit.

Umsetzung durch:

Maßnahme 1: Anpassung der wehrrechtlichen Regelungen

## Maßnahmen

### **Maßnahme 1: Anpassung der wehrrechtlichen Regelungen**

Beschreibung der Maßnahme:

Anpassung der wehrrechtlichen Regelungen an den neuen verfassungsrechtlichen Rahmen, welcher mit 1. September 2025 ein Grundrecht auf Informationszugang vorsieht, die Amtsverschwiegenheit in ihrer bisherigen Form aufhebt und die Geheimhaltung sensibler Informationen neu regelt.

Umsetzung von:

Ziel 1: Wehrrechtliche Regelungen in Übereinstimmung mit der ab 1. September 2025 geltenden Informationsfreiheit

## **Abschätzung der Auswirkungen**

### **Vereinfachte Darstellung zu den finanziellen Auswirkungen**

Eine seriöse Bezifferung der finanziellen Auswirkungen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Grundsätzlich ist die in Rede stehende Verpflichtung zur Geheimhaltung in den taxativ angeführten Fällen als aufwandsneutral anzusehen. Was hingegen durchaus zu erwarten, vorab aber nicht quantifizierbar ist, ist, wie viele Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (welches ab 1. September 2025 das aktuell gültige Auskunftspflichtgesetz ablöst) im BMLV künftig einlangen und folglich zu bearbeiten sein werden.

Sollten sich dessen ungeachtet nennenswerte Aufwendungen aus der gegenständlichen Norm ergeben, so sind diese aus Budgetmitteln der Untergliederung 14 Militärische Angelegenheiten im Rahmen der dortigen jährlichen Zuweisungen zu bedecken.

### **Dokumentinformationen**

Vorlagenversion: V2.022

Schema: BMF-S-WFA-v.1.11

Deploy: 2.10.5.RELEASE

Datum und Uhrzeit: 29.11.2024 12:48:41

WFA Version: 0.4

OID: 3206

A0|B0|D0